

Die Katastrophe von Schweizerhalle

Die Folgen sind noch nicht ausgestanden

Der Brandplatz - ein belastendes Erbe

Die unvollständige Sanierung des Sandoz-Brandplatzes trägt dazu bei, dass heute und in Zukunft das Trinkwasser nur sicher ist, solange aufwendige technische Einrichtungen funktionieren. Legalisiert wird dies durch neue Grenzwerte, die auch für den Konflikt um die Feldreben-Sanierung relevant sind.

VON DANIEL HALLER

Nicht alle Schadstoffe, die beim Sandoz-Brand entstanden, wurden aus dem kontaminierten Boden geholt. Das beeinträchtigt einen Muttenzer Trinkwasserbrunnen bis heute. Die nach dem Brand definierten Sanierungsziele hat die MBT Umwelttechnik AG, welche Sandoz zum Aufräumen gegründet hat, eingestandenweise nicht erreicht: Die Nachfolgeorganisation BMG Engineering schrieb 2006 - 20 Jahre nach dem Brand - es sei «schwierig vorauszusagen», wann die angestrebte Schadstoffkonzentration in allen Werkbrunnen auf den vereinbarten Wert sinken werde. «Erwartet wird dies in den nächsten 10 Jahren.»

Grenzwerte verschoben

Zehn Jahre später spielt jetzt die Schadstoffkonzentration keine Rolle mehr. Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) verrückte 2013 mit einer neuen Wegleitung die Grenzwerte massiv nach oben: Für das Pilzvernichtungsmittel Oxadixyl gilt neu ein Konzentrationswert von 4 Milligramm pro Liter. Dies ist 40 000 mal mehr als die 0,1 Mikrogramm, die Sandoz und das Basler Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) nach der Katastrophe vereinbart hatten. Bereits vor dem Bafu passte das AUE das Brandplatz-Überwachungskonzept an. «Die ursprünglichen Sanierungsziele wurden durch die Neubeurteilung des AUE vom 21.10.2011 hinfällig und sind nicht mehr relevant», bestätigt Alexandra Borys, Europa-Kommunikationschefin bei Clariant. Die Clariant-Tochter Infrapark Baselland AG bewirtschaftet heute das Areal.

Der Altlastenexperte Martin Forter kritisiert in der «Schweiz am Sonntag», dass an der neuen Bafu-Wegleitung Christoph Munz vom Ingenieurbüro BMG mitgearbeitet hat, der in MBT-Zeiten für die unvollständige Sanierung des Brandplatzes mitverantwortlich war. Munz ist derzeit nicht erreichbar. Doch erklärt Lukas Gasser, Lei-

ter Altlasten bei BMG: «Die BMG wurde 2012 vom Bafu angefragt, die Redaktion der Vollzugshilfe zur Herleitung von Konzentrationswerten und Feststoff-Grenzwerten zu übernehmen. Das Vorgehen zur Herleitung der Grenzwerte wurde vom Bafu vorgegeben.» Dieses Vorgehen habe das Bafu seit Jahren für Stoffe angewandt, die nicht in der Altlastenverordnung aufgeführt sind.

Auch Feldreben betroffen

Die Wegleitung wird auch im Konflikt um die Feldreben-Sanierung (die bz berichtete) eine Rolle spielen: Die Konzentrationswerte für die Pestizide in der Feldrebengrube wurden gegenüber der Wegleitung von 2002 ebenfalls massiv angehoben: Für das verbotene DDT und seine verwandten Stoffe um den Faktor 10, für das ebenfalls verbotene Atrazin auf das 10 000- und für das Unkrautvertilgungsmittel Metolachlor auf das 25 000-Fache.

«Mit dieser von BMG ausgearbeiteten Richtlinie erlaubt das Bafu eine massiv grössere Emission von Pestiziden aus Altlasten in das Grundwasser - selbst in der Nachbarschaft von Trinkwasserfassungen», erklärt Forter. Die neuen, höheren Grenzwerte würden dagegen berücksichtigen, wie giftig ein Stoff ist, betont BMG.

«Bei der Feldrebengrube liegt mit der neuen Wegleitung kein Pestizid mehr über dem neuen Grenzwert», fasst Forter zusammen. «Damit erfüllen die Behörden ein lange gehegtes Ziel der meisten Basler Chemie- und Pharmafirmen.»

Widersprüche beim Trinkwasser

Das Trinkwasser-Pumpwerk Obere Hard der Gemeinde Muttenz liegt nur 220 Meter vom Brandplatz entfernt. Nach dem Brand

SCHWEIZERHALLE

Serie zur Brandkatastrophe

Am Dienstag jährte sich das Chemieunglück bei Schweizerhalle zum 30. Mal. Die bz erinnert in einer losen Serie an die Katastrophe. Wir sprechen mit Leuten, die dabei waren, als es brannte. Und mit Spezialisten, die uns sagen, ob man aus der Katastrophe gelernt hat.

Alle Rückblicke mit den damaligen Radiobeiträgen, Filmaufnahmen und Fotos des Grossbrandes finden Sie in unserem Online-Dossier.

durfte man dort kein Grundwasser pumpen, denn mit dem Löschwasser waren Chemikalien versickert. Bendicht Hurni vom AUE schrieb: «Die vollständige Entfernung dieser Abfälle muss von Sandoz ausgeführt werden, und die Regierung ist verantwortlich für die korrekte Ausführung dieses Prozesses.» Die Sandoz-Tochter MBT grub einen Teil der verschmutzten Erde aus, wusch sie in einer speziellen Anlage und füllte damit die Grube wieder auf. So wurden nicht alle Schadstoffe entfernt. Damit das Regenwasser diese nicht ins Grundwasser spült, deckte man den Brandplatz mit einer massiven Betondecke ab.

Dass es damit dem Regierungsrat nicht ganz wohl ist, zeigt der Brunnen Obere Hard. Im November 2001 erteilte die Regierung der Gemeinde Muttenz zwar erneut die Konzession, dem Brunnen täglich 10 000 Kubikmeter Grundwasser zu entnehmen. Zugleich verfügte sie: «Bis zum Abschluss der Sanierung der sandozbrandbürtigen (sic!) Grundwasserverunreinigung» sei die Förderung auf täglich 3456 Kubikmeter beschränkt. «Die Bau- und Umweltschutzdirektion wird den Sanierungsabschluss der Gemeinde Muttenz mitteilen.»

«Eine solche Mitteilung hat uns die Baslerbieter Regierung nie gemacht», berichtet der Muttenzer Bauverwalter Christoph Heitz. «Solange wir keine schriftliche Bestätigung haben, der Brandplatz sei saniert, müssen wir davon ausgehen, er sei eine Quelle problematischer Stoffe.»

Industrielle Risiken

Der Brandplatz ist nicht der einzige belastete Ort in unmittelbarer Nachbarschaft zum Trinkwassergebiet Hard. Um die Schadstoffe von den Trinkwasserbrunnen fernzuhalten, pumpt man das Grundwasser unter dem Industriegebiet Schweizerhalle ab und leitete es in den Rhein. So entsteht eine Grundwassersenkung. Zweitens lässt die Hardwasser AG Rheinwasser versickern, was unter dem Hardwald einen «Grundwasserberg» erzeugt.

Das Gefälle zwischen Grundwasserberg

und -senke werde heute automatisch überwacht, teilt Alexandra Borys im Namen des Infraparks Baselland mit. Die Messgeräte seien mit der automatischen Steuerung der Pumpen in Schweizerhalle gekoppelt. So sei permanent gewährleistet, dass das Gefälle gross genug bleibe und das belastete Grundwasser von den Trinkwasserbrunnen wegfließe.

Dies reicht der Gemeinde Muttenz nicht: Sie baut eine Trinkwasseraufbereitungsanlage. Diese wird das Wasser nicht nur einstufig per Kohlefilter reinigen wie bei der benachbarten Hardwasser AG, die kommunale Versorger für 220 000 Personen in Basel und der Agglomeration beliefert. Vielmehr verfügt die Muttenzer Anlage zusätzlich über eine Oxidationsstufe.

Für diese 17-Millionen-Investition sei neben den Deponien und dem Brandplatz, den Risiken der Industrie, des Rangierbahnhofs, der Autobahn und des Auhafens vor allem die Rheinwasser-Versickerung entscheidend, erklärt Heitz: Wird der Rhein flussaufwärts unbemerkt kontaminiert, stellt man dies erst fest, wenn die Verschmutzung in der Rheinüberwachungsstation in Weil ankommt - also zu spät: Das Wasser für die Versickerung wird dem Rhein schon in Pratteln entnommen.

Muttenz baut somit die kostspielige Trinkwasseraufbereitung wegen der industriellen Risiken, zu denen Hinterlassenschaften wie der Brandplatz und die Deponien gehören. «Deswegen verstehen wir nicht, dass der Kanton uns keine Beiträge aus dem 20-Millionen-Fonds für Trinkwasserschutz gewährt», erklärt Heitz. Dieser Fonds wurde von der Industrie im Vorfeld der Abstimmung über die Totalsanierungsinitiativen geüffnet (siehe Text rechts).

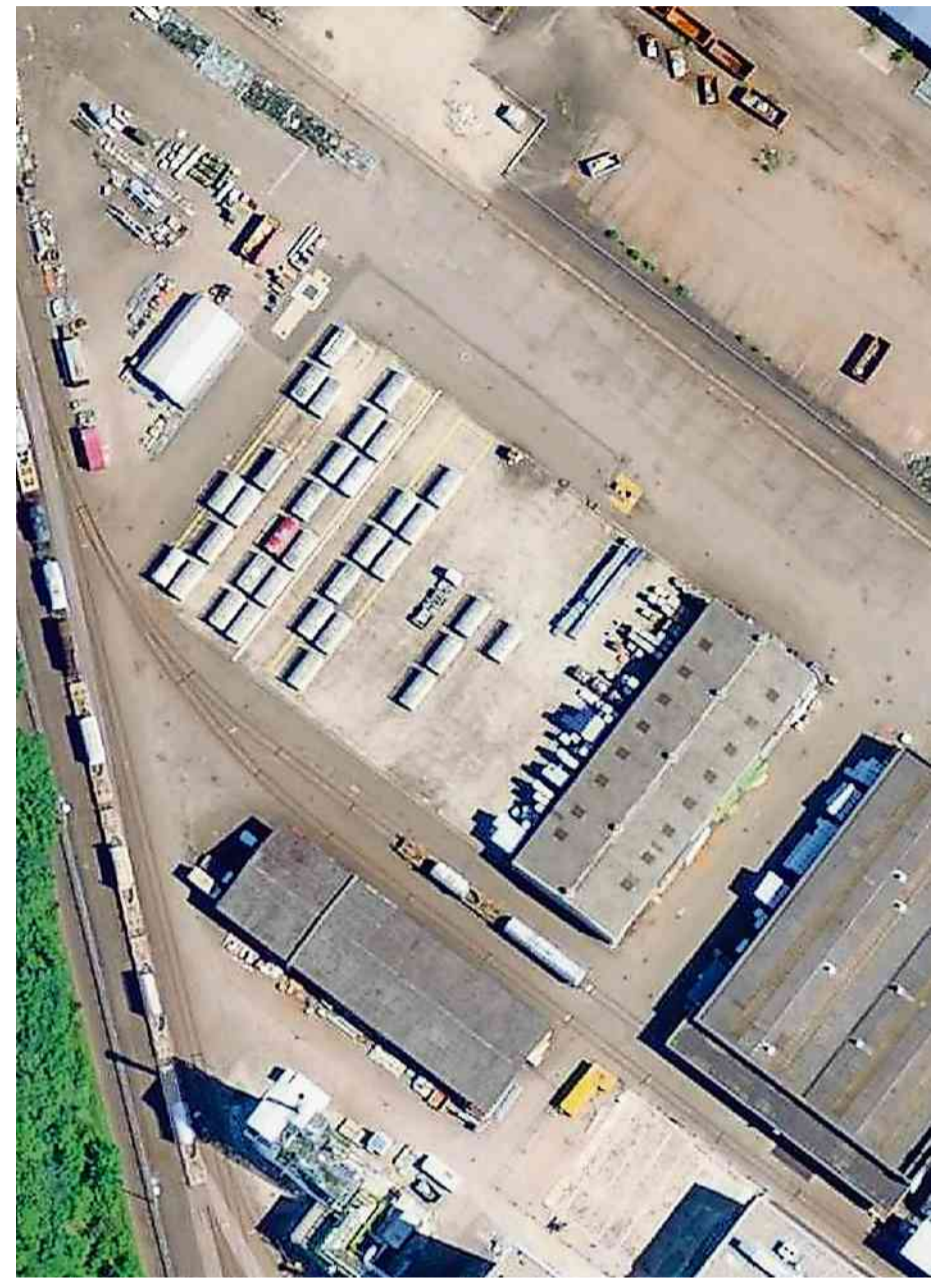
Dazu bemerkt Gemeinderat Joachim Hausammann: «Die Erfahrung mit dem Brandplatz zeigt: Macht man einen Deckel drüber ohne die Schadstoffe wirklich zu entsorgen, hat dies jahrzehntelange Unsicherheiten zur Folge. Deshalb wollen wir bei der Sanierung der Deponie Feldrebengrube keine diffusen Restrisiken hinterlassen, sondern fordern eine abschliessende Sanierung.»



Nach dem Brand reinigten Mitglieder des Seuchep...



Mehr unter
[bzbasel.ch/
dossier/
schweizerhalle](http://bzbasel.ch/dossier/schweizerhalle)



kommandos den Boden, später wurde kontaminierte Erde teilweise gewaschen, wieder eingebaut und mit dem hellen Betondeckel (Container-Stellplatz) versehen, der selbst vom Satelliten aus erkennbar ist. KEYSTONE/TEL.SEARCH

«Politisch sehr sensible Entscheidungen»

Vertrauliche Feldreben-Dokumente zeigen, wie die Industrie mit Problemen wie dem Sandoz-Brandplatz umgeht.

VON DANIEL HALLER

«Wir müssen das AUE massiv unter Druck setzen, mit solchem Schwachsinn endlich aufzuhören», ereiferte sich am 26. Juni 2009 in einer Mail-Diskussion das Syngenta-Konzernleitungsmitglied Christoph Mäder über das Baselbieter Amt für Umwelt und Energie (AUE). «Ich habe mich heute Morgen zum Beispiel wieder masslos über die baz-Berichterstattung geärgert, in der unter anderem auch Herr Auckenthaler (Adrian Auckenthaler leitet im AUE das Ressort Wasser und Geologie, Anm. d. Red.) damit zitiert wird, die Totalsanierung in Feldreben «werde» 500 Millionen kosten. Wie kommt er überhaupt dazu, von Totalsanierung zu sprechen; diese darf nicht stattfinden und wir werden sie schon gar nicht zahlen!»

Die Diskussion unter Pharma- und Chemiemanager über den Bericht in der «Basler Zeitung» (baz) über eine Informationsveranstaltung zu den Muttentzer Deponien ist in jenen Dateien aus der Wirtschaftskammer Baselland dokumentiert, die im Sommer 2015 den Medien zugespielt wurden. Die journalistische Auswertung erfolgte bisher zum Thema, mit welchen Methoden die Wirtschaftskammer und deren Tochterorganisation Institut für Wirtschaftsförderung (IWF) Einfluss auf die Baselbieter Politik nehmen.

Die Manager waren nervös wegen der Totalsanierungs- und der Trinkwasserinitiative der Baselbieter Grünen. Michael Plüss, Leiter Novartis Schweiz, analysierte: «Das Faktum Kostenteiler birgt sehr viel

Zündstoff (...) auch in Richtung übrige Schweiz.» Es gehe den Grünen nicht nur ums Baselbiet, sondern auch darum, «das national geltende Altlastenrecht neu zu schreiben». Dabei werde Pharma «in die Mitte der Zielscheibe» geschoben, unter anderem wegen der Abzockerdiskussion. Zudem bestehe die Gefahr, dass Simonetta Sommaruga - vormals Konsumentenschützerin - den Bundesrat Moritz Leuenberger «beerben» und so die Aufsicht über das Bundesamt für Umwelt gewinnen könnte, das für Altlasten zuständig ist. Daraus schloss Plüss: «Wir wären meines Erachtens gut beraten, in Muttentz politisch sehr sensible Entscheidungen zu fällen.»

Versteckspiel hinter Kulissen

Nachträglich mit seinen Aussagen konfrontiert, lässt Mäder durch Regina Ammann, Syngenta-Leiterin Public Policy Schweiz, ausrichten: «Man kann in den Text in keiner Weise hineinlesen, dass die Industrie betreffend Sanierung beim AUE unangemessenen Druck ausgeübt hätte.»

In der Tat wählte man einen anderen Weg: Plüss, Mäder, der Pharma-Lobbyist und alt Nationalrat Johannes Randegger, Thomas Jakopp von Ciba Spezialitätenchemie, Peter Schnurrenberger von Roche und Armin Meile von Clariant trafen sich dann am 30. Juni mit Hans Rudolf Gysin und Christoph Buser von der Wirtschaftskammer Baselland. Dabei achtete man auf Geheimhaltung: Teilweise wurden Dateien mit Passwort verschlüsselt und die Protokolle sind als «vertraulich» bezeichnet.

Mäder betonte, «dass die «Chemie» nach aussen nicht direkt kommunizieren/aufzutreten solle». Vielmehr organisierte man sich in der von der Öffentlichkeit verborgenen «Innenwelt» als «Steering Committee Live Sciences BL (Steco LS)» für die Kampagne gegen die Deponie-Initiativen.

«Wir müssen das AUE massiv unter Druck setzen, mit solchem Schwachsinn endlich aufzuhören.»

Christoph Mäder Mitglied Konzernleitung Syngenta

«Randegger hat den involvierten Firmen den Gegenvorschlag erklärt: Sie unterstützen das Vorgehen, das heisst, wir können nun konkret dahintergehen und vorbereiten.»

Christoph Buser
Wirtschaftskammer Baselland

Mit der «subkutanen» Kampagne wurde das IWF «mit Support Randegger Beratungen» beauftragt. In der «Aussenwelt» sollte dagegen ein noch zu bildendes Abstimmungskomitee sichtbar auftreten.

Das Geld kam von allen

Die Daten umfassen bezüglich Steco nur den Zeitraum zwischen Mitte Juni bis Ende August 2009 und sind wohl unvollständig. So wurde zwar bei der Gründungssitzung protokolliert: «Der Kostenrahmen für die umzusetzenden Massnahmen beträgt 1,35 Millionen Franken.» Doch liegen nur Unterlagen für eine «erste Tranche» vor. Demnach sollten Syngenta, Roche, Novartis und Ciba je 137 390 Franken bezahlen, Clariant 229 600 sowie Rohner und CABB je 137 400 Franken: Das macht 600 000 Franken plus 7,6 Prozent Mehrwertsteuer. Als Rechnungsgrund wurde jeweils «Unterstützungsbeitrag an die Standortpromotionsaktivitäten Liefre (sic) Sciences Baselland» genannt. Im Protokoll der Sitzung vom 31. August 2009 heisst es dann: «Die Rechnungen des IWF wurden erhalten und sind «on track.»

Roche, Clariant, Rohner und CABB müssen sich zwar nicht an der Sanierung der Feldrebengrube beteiligen. Trotzdem wurden sie finanziell eingebunden. Es ging also um eine branchenweite Abwehr gegen Sanierungsforderungen im Zusammenhang mit der Trinkwasserversorgung - und dies, obschon man sich in den Diskussionen überzeugt zeigte, dass die grünen Initiativen dem Bundesrecht widersprachen.

Gegenvorschlag «des Landrats»?

Die Kampagne umfasst unter anderem fünf Interpellationen, die das IWF zentral verfasste. Im Landrat eingereicht haben sie dann Hansruedi Wirz (SVP), Fredy Gerber (SVP), Patrick Schäfli (FDP), Rita Bach-

mann-Scherer (CVP) und Thomas Schulte (FDP). Schulte reichte in der Umweltschutz- und Energiekommission auch den Antrag für jenen Gegenvorschlag ein, den das Volk dann im Juni 2010 als «Gegenvorschlag des Landrats» annahm.

Buser hatte bereits am 13. August in einer «Aktennotiz Telefonat Randegger» notiert: «Randegger hat den involvierten Firmen den Gegenvorschlag erklärt: Sie unterstützen das Vorgehen, das heisst, wir können nun konkret dahintergehen und vorbereiten. (...) Es braucht unbedingt ein Vorgespräch mit Regierungsrat Krählenbühl.»

Erfolgreiche Strategie

Da die Dateien aus dem Wirtschaftskammer-Leck nur ein kleines Zeitfenster umfassen, ist nicht belegt, dass die Vereinbarung, die dann am 8. Februar 2010 Vertreter von Ciba, Novartis und Syngenta mit der Baselbieter Regierung abschlossen, direkt vom Steco kam. Der zentrale Punkt des Vertrags ist aber: «Die Industriefirmen werden sich ausschliesslich an Kosten (...) nach Massgabe des einschlägigen Bundesrechts beteiligen, auch falls sich der Kanton Baselland oder Dritte, zum Beispiel im Falle der Annahme der Totalsanierungs- und/oder der Trinkwasserinitiative, für die Durchführung weitergehender Massnahmen entscheiden würden.» Damit war Mäders Forderung, man werde eine Totalsanierung «schon gar nicht zahlen», erfüllt.

Im Gegenzug äufneten die Unternehmen zwei Fonds: Einen in der Höhe von maximal 20 Millionen Franken für Härtefälle, wenn KMU sich als Parzellenbesitzer an Sanierungskosten beteiligen müssen. Diesen kontrolliert die Industrie selber. Der zweite Fonds im Umfang von 20 Millionen Franken ist für «zweckmässige Massnahmen beim Trinkwasserschutz» vorgesehen. Über diesen bestimmt der Regierungsrat.